

Der Rat fasst zu den Begleitanträgen folgende Beschlüsse

a. Begleitantrag der SPD vom 06.02.2020 betreffend Resolution der Stadt Rheinbach zur auskömmlichen Kostenübernahme für die Flüchtlingsunterbringung

Ratsfrau Specht verlässt den Ratssaal und nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Ratsherr Logemann – FDP-Fraktion – schlägt vor, in den einleitenden Satz der Resolution die Worte „missbilligt die nicht auskömmliche Finanzausstattung zur Unterbringung von geflüchteten Menschen durch die vorherige und die aktuelle Landesregierung“ aufzunehmen.

Der geänderte Text der Resolution lautet wie folgt:

Der Rat der Stadt Rheinbach missbilligt die nicht auskömmliche Finanzausstattung zur Unterbringung von geflüchteten Menschen durch die vorherige und die aktuelle Landesregierung und fordert deshalb die Landesregierung Nordrhein-Westfalen auf,

1. ihr Versprechen einzuhalten und die Mittel die der Bund an die Länder für die Integration von geflüchteten Menschen vorsieht (Integrationspauschale bzw. „Pauschale für flüchtlingsbezogene Zwecke“) in voller Höhe für die Jahre 2020 und 2021 an die Kommunen weiterzuleiten,
2. die Pauschalen nach dem FlüAG auf den im „Lenk-Gutachten“ ermittelten Ist-Kosten-Stand anzuheben,
3. die Dauer des Erstattungszeitraums für Geduldete von derzeit drei Monaten nach ablehnendem Asylbescheid auszuweiten, solange diese Personen Leistungen nach dem AsylbLG erhalten.

BS-Nr.: 10/505	Abstimmungsergebnis Einstimmig beschlossen	Ja: 32 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0
-------------------	---	---

b. Begleitantrag der SPD vom 06.02.2020 betreffend Verbesserung der Fahrradinfrastruktur

Ratsfrau Specht betritt wieder den Sitzungssaal und nimmt an der Abstimmung teil.

Für die Haushaltstitel 5221010 Unterhaltung Straßen, Wege, Plätze, Parkplätze und 5221040 Unterhaltung, Verkehrszeichen, Ampeln und Markierungen wird eine Zweckbindung des Inhalts angebracht, dass 8% der Gelder nur für Maßnahmen zur Instandhaltung und Verbesserung von Fahrradinfrastruktur ausgegeben werden dürfen.

BS-Nr.: 10/506	Abstimmungsergebnis Einstimmig beschlossen	Ja: 33 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0
-------------------	---	---

c. Begleitantrag der SPD vom 06.02.2020 betreffend Steigerung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum

Ratsfrau Formanski verlässt den Ratssaal und nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Ratsherr Wilcke gibt zu bedenken, dass die 5 % bereits erreicht wurden und fragt an, ob der Antrag nicht zurückgezogen werden sollte. Ratsherr Dr. Wilmers erläutert, dass es bei dem Antrag darum gehe, bestenfalls im Verbund mit Vereinen und Bürgerinnen und Bürgern gezielt Maßnahmen zur Steigerung der Aufenthaltsqualität anzugehen.

Der Bürgermeister teilt die Auffassung, dass man tatsächlich über den 5 % liegt und schlägt daher vor, in den Beschlussvorschlag „mindestens“ 5 % verwendet und diese Mittel zweckgebunden sind und stellt folgenden geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Beim Produkt Betriebshof werden mindestens 5% der vorgesehenen Aufwendungen für Personal und Sach- und Dienstleistungen für gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität im Öffentlichen Raum zweckgebunden.

BS-Nr.: 10/507	Abstimmungsergebnis Einstimmig beschlossen	Ja: 32 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0
-------------------	---	---

d. Begleitantrag der SPD vom 06.02.2020 betreffend Wiederbelebung einer attraktiven Weihnachtsbeleuchtung

Ratsfrau Formanski betritt wieder den Sitzungssaal und nimmt an der Abstimmung teil.

Einleitend führt Bürgermeister Raetz aus, dass mit diesem Antrag eigentlich die Gründung einer Immobilien- und Standortgemeinschaft (ISG) angedacht sei. 20.000 € zur Finanzierung einer Weihnachtsbeleuchtung einzuplanen greife zu kurz. Vielmehr gehe es bei einer ISG um die Innenstadt und Innenstadtentwicklung.

Sich mit dem Thema intensiv zu beschäftigen sei sicherlich sinnvoll. Die finanzielle Ausstattung könne auch zu einem späteren Zeitpunkt außerplanmäßig erfolgen.

Nach einer kontroversen Diskussion, ob eine ISG gegründet werden und das Geld in den Haushalt eingestellt werden soll, wird dieser Begleitantrag zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Standortförderung: Gewerbe, Wirtschaft, Tourismus und Kultur und in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

BS-Nr.: 10/508	Abstimmungsergebnis Einstimmig beschlossen	Ja: 33 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0
-------------------	---	---

e. Begleitantrag der SPD vom 06.02.2020 betreffend Planungskosten für den Neubau einer Sporthalle für die Gesamtschule

Im Haushaltsjahr 2020 sollen 30.000 € als investive Planungskosten für den Neubau einer Sporthalle für die Gesamtschule bereitgestellt werden, wenn das Gutachten zum Sportstättenentwicklungskonzept den Bedarf nachweist. Die Bereitstellung der Mittel erfolgt unterjährig außerplanmäßig.

BS-Nr.: 10/509	Abstimmungsergebnis Einstimmig beschlossen	Ja: 32 Nein: 0 Enthaltung: 1 Befangen: 0
-------------------	---	---

f. mündlicher Begleitantrag der SPD vom 10.02.2020 betreffend Gründung einer Stadtentwicklungsgesellschaft für Wohnungsbau

Ratsherr Danz hat in seiner Haushaltsrede beantragt, im Haushalt 2020 einen Betrag von 50.000 € einzustellen, um eine Stadtentwicklungsgesellschaft für Wohnungsbau zu gründen.

In einer kontrovers geführten Diskussion wird deutlich, dass zunächst der Zweck der Gesellschaft genau definiert werden müsse. Deshalb wurde vorgeschlagen den Begleitantrag zur Beratung und Beschlussfassung in den Haupt- und Finanzausschuss zu verweisen.

Daraufhin beantragt Ratsherr Danz diesen Antrag jetzt zur Abstimmung zu stellen und nicht in den Haupt- und Finanzausschuss zu verweisen.

BS-Nr.: 10/510	Abstimmungsergebnis Mehrheitlich abgelehnt	Ja: 9 Nein: 23 Enthaltung: 0 Befangen: 0
-------------------	---	---

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

- a.) Der Rat beschließt – unter Einschluss der vom Haupt- und Finanzausschuss vorgelegten Änderungen sowie unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungsanträge – die durch den Haupt- und Finanzausschuss am 27.01.2020 empfohlene Haushaltssatzung nebst Anlagen für das Haushaltsjahr 2020 mit Haushaltssicherungskonzept 2021.

BS-Nr.: 10/511	Abstimmungsergebnis Mehrheitlich beschlossen	Ja: 19 Nein: 14 Enthaltung: 0 Befangen: 0
-------------------	---	--

- b.) Der Rat beschließt die als Anlage beigefügte 11. Satzung zur Änderung der Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer der Stadt Rheinbach zum 01.01.2021.

BS-Nr.: 10/512	Abstimmungsergebnis Mehrheitlich beschlossen	Ja: 19 Nein: 12 Enthaltung: 2 Befangen: 0
-------------------	---	--

- c.) Die für einen Kreditgenehmigungsantrag nach § 82 Abs. 2 GO NW erforderliche „Prioritätenliste“ für Investitionen wird in der vorgelegten Form beschlossen.

BS-Nr.: 10/513	Abstimmungsergebnis Einstimmig angenommen	Ja: 33 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0
-------------------	--	---